



## **Ausschuss für Kultur und Medien**

### **11. Sitzung (öffentlich)**

23. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:33 Uhr bis 13:54 Uhr

Vorsitz: Christina Osei (GRÜNE)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |   |          |
|---|----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>   | <b>3</b> |
| <b>1 Gesetz zur Zustimmung zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des WDR-Gesetzes (20. Rundfunkänderungsgesetz)</b> | <b>4</b> |
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/3063

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

- 2 Randle in etlichen Kinosälen in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1]*) **5**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1018
- Wortbeiträge
- 3 Bund-Länder-Vereinbarung über die Gewährung von Hilfen für Kultur-  
einrichtungen und Kulturveranstaltungen („Kulturfonds Energie des  
Bundes“)** **6**
- Vorlage 18/994  
Drucksache 18/3625
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt die Bund-Länder-Vereinbarung zur  
Kenntnis.
- 4 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und  
Kultur in der Zeit der Energiekrise** **7**
- Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)
- 5 Stärkung digitaler Infrastrukturen im Kunst- und Kulturbetrieb in Nord-  
rhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 2]*) **8**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1034
- Wortbeiträge
- 6 Verschiedenes** **9**
- a) **Kulturkonferenz** **9**
- b) **Besucherumfrage** **9**
- c) **Sommerakademie Zollverein Essen** **9**
- d) **Ausschusssitzung 27. April 2023** **10**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzende Christina Osei** teilt mit, dass Minister Liminski für die heutige Sitzung entschuldigt sei. Er habe Frau Ministerin Brandes gebeten, seine Vertretung bei den medienpolitischen Tagesordnungspunkten zu übernehmen.

**1 Gesetz zur Zustimmung zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung des WDR-Gesetzes (20. Rundfunkänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/3063

*(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/3063 an den Ausschuss für Kultur und Medien – federführend – und an den Hauptausschuss)*

**Vorsitzende Christina Osei** leitet ein, heute sei der erste Aufruf, bei welchem das Beratungsverfahren geklärt werden solle. Im Vorfeld hätten etliche Fraktionen signalisiert, den Gesetzentwurf ohne Anhörung beraten zu wollen.

**Ralf Witzel (FDP)** sagt, dem könne er sich nicht anschließen. Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion handele es sich um ein sehr zentrales Vorhaben. Insofern beantrage er für seine Fraktion eine Anhörung.

**Vorsitzende Christina Osei** schlägt vor, alles Weitere in einer Obleuterunde zu besprechen. – Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.

## **2 Randle in etlichen Kinosälen in Nordrhein-Westfalen** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1018

**Ralf Witzel (FDP)** bedankt sich für den in kurzer Zeit vorgelegten sehr ausführlichen Bericht.

Seiner Fraktion sei klar, dass es mit Blick auf Kriminalität in diesem Land größere Herausforderungen gebe als Randle in Kinosälen. Nichtsdestotrotz begrüße er es ausdrücklich, dass die Landesanstalt für Medien (LfM) die Beobachtung dessen, was in sozialen Netzwerken geschehe und daraus erwachse, für sich als ein Projekt definiert habe. Seiner Ansicht nach werde man sich in Zukunft mit diesem Phänomen stärker beschäftigen müssen. Es sei bereits in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit des Öfteren die Frage gestellt worden, welche Machtposition hinter den Eigentümern bestimmter sozialer Netzwerke, egal, aus welchen Ländern, stecke. Wenn aus bestimmten Ländern Stimmung gemacht werde gegen kulturelle Aufführungen und Mediendarbietungen, dann sei dies natürlich auch eine Frage gesellschaftlicher und politischer Beeinflussung, insbesondere wenn hinsichtlich der Betreiber nicht immer klar sei, wie seriös die Angebote seien. Insofern finde er es richtig und wichtig, dass die LfM dies in den Blick nehme. Er bitte die Landesregierung, nach Abschluss des Monitoringprozesses seitens der LfM von sich aus dem Ausschuss über die Ergebnisse zu berichten.

**Andrea Stullich (CDU)** bedankt sich ebenfalls bei der Staatskanzlei und dem Medienminister für den Bericht. Dieser sei nicht nur ausführlich, sondern vor allen Dingen umfassend, sowohl hinsichtlich der Abfrage derer, mit denen gesprochen worden sei, Kinobetreiber, Kinoverband, Landesmedienanstalt, Polizei, Innenministerium, als auch hinsichtlich der Darstellung. Auch sie finde das Forschungsprojekt der LfM zu TikTok spannend. Dies werde man eng begleiten.

**Ina Blumenthal (SPD)** bedankt sich bei der FDP für ihren Berichtswunsch. Es müsse der Blick darauf geschärft werden, wie sich Jugendliche, vor allem, wie sie dem Bericht entnehme, männliche Jugendliche in Kinosälen verhielten. Von daher begrüße auch ihre Fraktion, dass die LfM ein entsprechendes Projekt gestartet habe. Sie bitte darum, den Ausschuss engmaschig über das Ergebnis und über die Entwicklung in den Kinosälen zu informieren.

### **3 Bund-Länder-Vereinbarung über die Gewährung von Hilfen für Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen („Kulturfonds Energie des Bundes“)**

Vorlage 18/994

Drucksache 18/3625

**Vorsitzende Christina Osei** teilt mit, es handele sich um eine Information durch die Landesregierung nach der Parlamentsinformationsvereinbarung.

Gemäß Geschäftsordnungsverfahren sei die Bund-Länder-Vereinbarung mit Drucksache 18/3625 dem Ausschuss für Kultur und Medien zugeleitet worden.

Sofern es mehrheitlich Anregungen oder Korrekturwünsche gebe, könnten diese der Landesregierung übermittelt werden.

**Yvonne Gebauer (FDP)** verweist auf die bundesweite Beratungshotline, die seit Februar 2023 geschaltet worden sei, und möchte wissen, ob es bereits Beratungsergebnisse hinsichtlich Nutzung und Sparten gebe.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** antwortet, hierfür sei es noch zu früh. Sie werde darüber gerne beim nächsten Mal berichten.

Der Ausschuss nimmt die Bund-Länder-Vereinbarung zur Kenntnis.

#### **4 Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung von Kunst und Kultur in der Zeit der Energiekrise**

**Vorsitzende Christina Osei** bittet die Ministerin um den regelmäßigen Sachstandsbericht.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** trägt vor:

Auch heute berichte ich gerne über den aktuellen Stand der Maßnahmen der Landesregierung zur Entlastung der Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen angesichts steigender Energiekosten.

Der Kulturfonds Energie des Bundes ist das zentrale Instrument, um die Energiekosten für die Kulturveranstalter moderat zu halten und so massive Belastungen für die Kulturlandschaft zu verhindern. Deshalb haben wir uns als Länder sehr für seine zügige Umsetzung eingesetzt und das auch mit Erfolg.

Am 15. März haben die Länder der Vereinbarung zum Kulturfonds Energie zugestimmt. Seitdem können Anträge auf Hilfen aus dem Kulturfonds Energie gestellt werden. Das Land Nordrhein-Westfalen stockt die Hilfen jeweils auf 100 % auf, um 50 % für öffentliche Kultureinrichtungen, für private um 20 %.

Wie Sie wissen, haben wir als Landesregierung in den vergangenen Monaten darüber hinaus mit großem Einsatz daran gearbeitet, die Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen nicht erst ab Januar 2023, sondern schon für das vierte Quartal 2022 bei den Energiekosten zu entlasten. Dieser Zeitraum wird von den Bundeshilfen nicht abgedeckt. Ich freue mich sehr, Ihnen berichten zu können, dass die Voraussetzungen hierfür inzwischen geschaffen worden sind, und wir die Kultureinrichtungen unseres Landes jetzt rückwirkend auch für Oktober und November 2022 entlasten werden. Diese NRW-Herbstunterstützung ist aus unserer Sicht ein wichtiges und wirksames Mittel, um den Betrieb und die Zukunft der Kultureinrichtungen zu sichern.

Ich bin insbesondere den Kollegen aus Hamburg dankbar, dass sie die Antragsplattform für den Kulturfonds so programmiert haben, dass der Förderbetrag bestehend aus Bundeshilfe, der grundsätzlichen Aufstockung durch das Land und der Herbstunterstützung für NRW in einer Summe ausgeschüttet werden kann, denn das spart natürlich Verwaltungsaufwand.

Selbstverständlich haben wir neben den Kultureinrichtungen auch die solo-selbstständigen Künstlerinnen und Künstler im Blick und arbeiten an wirksamen Unterstützungsangeboten. Aktuell befassen wir uns mit der administrativen Umsetzung eines solchen Programms. Dazu werde ich Sie natürlich auf dem Laufenden halten.

Sie sehen, die Kultur in Nordrhein-Westfalen kann sich auf die Unterstützung der Landesregierung verlassen.

## 5 **Stärkung digitaler Infrastrukturen im Kunst- und Kulturbetrieb in Nordrhein-Westfalen** *(Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 2])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1034

**Yvonne Gebauer (FDP)** bedankt sich für den Bericht. Sie gehe davon aus, nachdem die Ministerin bei der gestrigen Kulturkonferenz erwähnt habe, dass es im Herbst dieses Jahres eine Digitalkonferenz geben solle, dass dem Ausschuss über die Ergebnisse aus der Kulturkonferenz und der demnächst stattfindenden Digitalkonferenz berichtet werde.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** stellt klar, sie habe gestern die Diversitätskonferenz erwähnt. Diese finde im September statt. Sie gebe Frau Gebauer aber trotzdem recht, weil sich aus Sicht der Landesregierung angesichts der Vielfalt der Themen, die gestern besprochen worden seien, die Notwendigkeit ergebe, sich mit einzelnen Themen vertieft zu beschäftigen. Es hätten sich gestern zahlreiche weitere Handlungsfelder aufgetan. Insofern sehe man ganz klar den Bedarf, darauf vertieft einzugehen.



## 6 Verschiedenes

### a) Kulturkonferenz

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** weist auf die Kulturkonferenz am gestrigen Tage mit 300 Teilnehmern hin. Da die meisten Ausschussmitglieder anwesend gewesen seien, gehe sie nicht auf die Inhalte ein. Im Kultugesetzbuch habe man einen Bericht an den Landtag vereinbart. Dieser Bericht, der Grundlage sein werde für die gemeinsame kulturpolitische Arbeit in den nächsten Jahren, werde dem Landtag zeitnah zugehen und dem Ausschuss für eine Beratung zugeführt.

### b) Besucherumfrage

Des Weiteren verweist **Ministerin Ina Brandes (MKW)** auf eine Besucherumfrage des Software Innovation Campus Paderborn und Büros der Landestheater NRW zum Besucherverhalten. Hierfür, so die Ministerin, seien sowohl das Publikum als auch Nichtbesucherinnen und -besucher von 30 Beispieltheatern, die sich beteiligt hätten, zu ihren Motivationen und zum Positiven und Negativen im Zusammenhang mit dem Theatererlebnis befragt worden. Dies sei eine sehr interessante Grundlage für die Beratungen im Ausschuss. Ein Ergebnis sei, dass es gerade bei den kleinen Beispieltheatern noch Luft nach oben gebe, was Digitalisierung angehe. Mit diesem Thema sollte man sich noch einmal beschäftigen. Es sei geplant, eine solche Umfrage, die das Ministerium für Kultur und Wissenschaft mitfinanziert habe, in regelmäßigen Abständen, etwa alle zwei, drei Jahre, durchzuführen, um den teilnehmenden Theatern die Möglichkeit zu geben, die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen zu überprüfen.

### c) Sommerakademie Zollverein Essen

**Andreas Bialas (SPD)** bittet um einen Bericht über die Konzeptionierung und die Finanzierung der Sommerakademie auf Zollverein Essen. Sollte dies heute nicht möglich sein, könne dies in der nächsten Sitzung geschehen.

**Ministerin Ina Brandes (MKW)** führt aus, der Haushaltsausschuss des Bundestages habe in der Haushaltsbereinigungssitzung Ende vergangenen Jahres für ein Konzept, das auf Zollverein mit jungen Menschen eine Sommerakademie und ein Festival veranstalten solle, Mittel zur Verfügung gestellt. Nach diesem Beschluss sei man mit den Betroffenen vor allen Dingen aus Essen und Umgebung, also zum Beispiel Zollverein, Stadt Essen, PACT Zollverein, CHORWERK RUHR, Ruhrtriennale, in ein Gespräch gegangen, um auszuloten, wie das konkret aussehen könne. Daraus sei die Ausschreibung für eine Machbarkeitsstudie erwachsen, die dieser Tage vergeben werden solle. Davon habe der Bund die Weiterförderung dieses Konzeptes abhängig gemacht. Wenn das vorliege und es darüber weitere Details gebe, berichte sie gerne. Dann werde auch gemeinsam mit dem Bund über die Finanzierung gesprochen.

**Andreas Bialas (SPD)** bedankt sich für die Antwort. Er bitte darum, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

**d) Ausschusssitzung 27. April 2023**

**Vorsitzende Christina Osei** kündigt an, dass in der nächsten Sitzung am 27. April der Intendant der Ruhrfestspiele, Herr Olaf Kröck, zu Gast sein werde.

gez. Christina Osei  
Vorsitzende

**2 Anlagen**

30.03.2023/17.04.2023

**Landtag Nordrhein-Westfalen****Ralf Witzel MdL**Stellvertretender Vorsitzender  
der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW Ralf Witzel MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Referat I.A.2 / A12  
Ausschussvorsitzende Christine Osei MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 DüsseldorfPlatz des Landtags 1  
40221 DüsseldorfTelefon (0211) 884 – 4441 / -4442 / -4443  
Telefax (0211) 884 – 3636

E-Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 11. März 2023

**Berichts-anforderung „Randale in etlichen Kinosälen in Nordrhein-Westfalen“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien am 23. März 2023 bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema „Randale in etlichen Kinosälen in Nordrhein-Westfalen“.

Im Umfeld des ersten Märzwochenendes 2023 kam es in etlichen Kinosälen unseres Landes zu Ausschreitungen und Verwüstungen während der Vorführung des Films „Creed III“. Besucherinnen und Besucher, offenbar vorwiegend junge Leute, haben während der Filmvorführung randaliert und damit in den meisten Fällen den Abbruch der Vorführung erzwungen.

In Essen musste sogar in einem großen Kinokomplex die Polizei gerufen werden, um das Hausrecht des Kinobesitzers überhaupt durchzusetzen. Die Randale äußerte sich dort durch die massive Störung des Vorstellungsbetriebs und Verunreinigung der Liegenschaft. Nach dem anschließenden Abbruch der Vorstellung blieb die Stimmung weiterhin aufgeheizt, weil knapp 40 Personen sich weigerten, den Kinosaal zu verlassen und weiter randalierten. Erst mehrere Streifenwagenbesatzungen haben diese Personen zum Verlassen des Kinokomplexes bewegen können. Aus anderen Städten des Landes sind verschiedentlich vergleichbare Vorfälle bekannt, die sogar zu der Entscheidung geführt haben, die eingekaufte besagte Produktion dauerhaft vom Programm abzusetzen.

Die Polizei vermutet einen Zusammenhang mit einem Trend auf der chinesischen Kurzvideo-Plattform Tiktok, auf der sich Kinobesucher gezielt zum Randalieren verabreden. Laut Social-Media-Experten der Polizei in Essen könnte dieser negative Social-Media-Trend Anlass für die Aktion gewesen sein.

Demnach könnten «angehende Social-Media-Stars» und «Möchtegern-Influencer», wie es in der Mitteilung hieß, durch gezielte Aktionen Veranstaltungen stören, um in sozialen Medien Aufmerksamkeit zu generieren.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu schriftlich zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

- Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zum Ausmaß dieser Randale in landesweit etlichen Kinosälen? Wie viele Kinosäle in jeweils welchen Städten sind davon betroffen gewesen?
- Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Ursprung und die Motive dieser Randale und der diesbezüglichen Personenkreise?
- Welche Informationen und Erkenntnisse kann die Landesanstalt für Medien zu den dargestellten Entwicklungen und den zugrundeliegenden Motiven beitragen?
- Welcher wirtschaftliche Schaden ist den Kinobetreibern durch Sachbeschädigungen, Reinigungskosten und vor allem den Einnahmeausfall entstanden?
- Wie geht die Landesregierung mit Plattformen und Unruhestiftern um, die zu derlei Störungen aufrufen? Wie ist die Rechtslage, derlei Verbreitungen zukünftig zu unterbinden?
- Ist nach fachlichen Erkenntnissen mit vergleichbaren Wiederholungen derartiger Störungen zukünftig zu rechnen?

*Mit freundlichen Grüßen*



Ralf Witzel MdL

Landtag Nordrhein-Westfalen

Referat I.A.2 / A12

Ausschussvorsitzende Christina Osei MdL

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

Montag, 13. März 2023

**Berichts-anfrage der FDP-Landtagsfraktion für die Ausschusssitzung am 23. März 2023  
zum Thema „Stärkung digitaler Infrastrukturen im Kunst- und Kulturbetrieb in  
Nordrhein-Westfalen“**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die nächste Ausschusssitzung bitte ich im Namen der FDP-Landtagsfraktion um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zu folgendem Thema:

**Stärkung digitaler Infrastrukturen im Kunst- und Kulturbetrieb in Nordrhein-Westfalen**

Die Corona-Pandemie hat den Kunst- und Kulturbetrieb in Nordrhein-Westfalen einen bisher unbekanntem Digitalisierungsschub verschafft, z. B. durch live gestreamte Konzerte, und so durch einen unkompliziert niedrigschwelligem Zugang neue Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe geschaffen. Die Bedeutung und der Wert der Digitalisierung für den Kunst- und Kulturbetrieb in NRW konnte dadurch ebenfalls verdeutlicht werden. Digitalisierung kann damit zu einer Erfolgsgeschichte für den Kunst- und Kulturbetrieb in NRW werden.

Gleichwohl muss festgehalten werden, dass viele Kultureinrichtungen nicht über die grundsätzlichen Voraussetzungen verfügen, um digital arbeiten zu können; es gibt oftmals nicht einmal frei verfügbares W-Lan. So können technische Möglichkeiten nicht ausreichend für neue, digitalere Kunst- und Kulturproduktionen aufgegriffen werden. Dies führt nicht selten zu Frust, aber noch mehr zum Verlust an Relevanz – insbesondere für und bei jungen Zielgruppen. Auch die Transformation hin zu einem nachhaltigen Kulturbetrieb wird dadurch behindert.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung hierzu zu berichten und dabei insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

1. Was plant die Landesregierung zur Stärkung der digitalen Infrastruktur im Kunst- und Kulturbetrieb in Nordrhein-Westfalen?

2. Wie soll der dazugehörige Wissenstransfer zwischen Städten und Gemeinden sowie den betreffenden Institutionen und Organisationen ausgestaltet werden?
3. Wie werden dabei die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kultureinrichtungen im Hinblick auf digitale Kompetenzen befähigt?
4. Welche Rolle werden digitale Kulturformate zukünftig in der Landesförderung spielen?

Mit freundlichen Grüßen



Yvonne Gebauer MdL